Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

früher

Wochen- und Nachrichtsblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Müllen.

Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

53. Jahrgang.

Nr. 97. Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Mittwoch, den 29. April Telegrammadresse: Tageblatt. 1903

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 6, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet, — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr. — Im „Amtlichen Teil" wird die zweispaltige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die fünfspaltene Zeile 15 Pfennige. —

Freibank. Heute **Mittwoch**, d. 29. April, von früh 8 Uhr ab **Fleischverkauf** (frisches Rindfleisch), à Pfd. 40 Pfg.

Die Volksbibliothek zu Callnberg ist **Sonnabends** und **Mittwochs** nachmittags 1—2 Uhr geöffnet.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

nh. Berlin, 27. April.

(Nachdruck verboten.)

Das Haus erledigte heute zuerst die Gegenstände der Tagesordnung, bei denen keine Debatte zu erwarten war, nämlich den Nachtragsetat für Grunderwerb zum Neubau eines Marineamtsgebäudes und in 3. Lesung das Phosphorgesetz. Der Nachtragsetat, eine vielumstrittene Frage, wurde mit überwiegender Majorität — es stimmten nur drei Nationalliberale dafür — abgelehnt. Diese beiden Punkte der Tagesordnung fanden ohne jede Diskussion ihre schnelle Erledigung. Eine Debatte entstand erst bei der Uebersicht über die Reichsausgaben und -Einnahmen pro 1900. Es waren bei einzelnen Ressorts bedeutende Etatsüberschreitungen vorgekommen, ohne daß der Reichskanzler darum wußte, für die nunmehr die nachträgliche Genehmigung des Hauses nachgesucht wurde. Der Abgeordnete Sattler (nl.) suchte durch einen Antrag diese Mißstände dahin zu regeln, daß alle Anfragen der Rechnungskommission an den Reichskanzler zu richten sind. Bekanntlich haben die mannigfachen Etatsüberschreitungen in dem Hause schon wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen mit der Regierung geführt. Der Antrag, dessen prinzipielle Wichtigkeit allgemein anerkannt wurde, kommt jetzt am Schluß der Sitzung gewissermaßen post festum und dürfte in der Geschäftsordnungskommission, an die er verwiesen wurde, auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

Das Haus wandte sich dann wieder seiner letzten großen sozialpolitischen Aufgabe, der Beratung des Krankenkassengesetzes zu. Je länger dies Gesetz den Reichstag beschäftigt, desto schleppender wird die Verhandlung; schuld daran sind die überaus zahlreichen sozialdemokratischen Abänderungsanträge, an denen die Sozialdemokraten mit staunenswerter Beharrlichkeit festhalten, trotz der Aussichtslosigkeit, sie durchzusetzen. Mit aller Energie verteidigen sie ihre Amendements und halten dadurch die Geschäfte völlig unnötigerweise auf. Es sind in den Foyers des Reichstages schon mannigfach Befürchtungen laut geworden, daß durch die verfehlte Taktik der äußersten Linken das Zustandekommen des allen Parteien willkommenen Gesetzes gefährdet werden könne. Unter dem deprimierenden Eindruck stundenlanger erfolgloser Reden leidet die Arbeitsfreudigkeit der Reichsboten ganz erheblich. Die meisten Abgeordneten bleiben den Sitzungen fern, um sich der Wahlbewegung zu widmen, und von Tag zu Tag wird die Zahl derer, die sich an den Reichstagsverhandlungen beteiligen, kleiner. Zu verdenken ist es ja den Herren schließlich nicht, ist doch heute die Beratung des Krankenkassengesetzes bei mehr als 7stündiger Arbeit erst bis zum § 38 gediehen, also erst um 12 §§ fortgeschritten. Wenn da die zweite Lesung zu Ende geführt sein soll, ist noch garnicht abzusehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Von der Prinzessin Luise von Toskana. Was wir schon vor mehreren Wochen mitteilen konnten: daß der gegen die frühere Kronprinzessin von Sachsen gerichtete Erlaß des Königs Georg ihr nur aufs neue Sympathien zugeführt habe, so daß ihr viele Kundgebungen zugegangen seien, wird jetzt bestätigt durch eine Meldung der „Leipziger Neuesten Nachrichten", aus welcher übrigens noch das besondere Hervorhebung verdient, daß man den Erlaß in eingeweihten Kreisen auf die Prinzessin Mathilde zurückführe. Auch eine andere unserer früheren Meldungen wird von Leipzig aus bestätigt. Wir konnten schon im Januar d. J. mitteilen, daß der Kronprinz der Prinzessin Luise aus seinen eigenen Mitteln eine Jahresrente von 30,000 Mark bewilligt habe. Auf dieser Grundlage haben sich, so schreibt das „Leipziger Tageblatt", die Verhandlungen, soweit sie die pekuniären Verhältnisse betreffen, bewegt. Ueber die Zukunft der Prinzessin Luise soll, wie das erstgenannte Leipziger Blatt erfährt, nur unbedingt feststehen, daß sie nicht ins Kloster gehen werde. Ueber ihren späteren Aufenthalt und wegen des Kindes schweben noch Verhandlungen. Eine Entscheidung wird erst nach ihrer Niederkunft getroffen werden. Lachenal war, wie es weiter heißt, seither nicht mehr bei der Prinzessin Dr. Zehme ist von seiner Erholungsreise nach Leipzig zurückgekehrt. (Ch. Allg. Ztg.)

* Ein ergötzliches Bild aus einer der letzten Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses zeichnet die „Nat. Korr.": Präsident v. Kroecher: „Das Wort hat der Abg. Freiherr v. Zedlitz (freikons.). — Niemand meldet sich. — Derselbe scheint nicht anwesend zu sein. Dann hat das Wort der Abg. Dr. Langerhaus (frei. Volksp.). (Zuruf: Ist auch nicht da!). Dann hat das Wort der Abg. Schmitz (Zentr.) — Auch dieser ist nicht anwesend. (Heiterkeit.) Nunmehr gebe ich das Wort dem Abg. Hahn (B. d. L.). (Zuruf: Fehlt gleichfalls! Große Heiterkeit.) Dann schließe ich die Debatte. (Stürmische Heiterkeit.) Damit ist die erste Lesung der beiden Gesetzesanträge beendet.

* Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! denkt die preußische Regierung in der Trierer Schulangelegenheit und macht folgende Zugeständnisse: Deutsch und Geschichte in den oberen Klassen werden in Zukunft von einer neu ernannten katholischen Lehrerin erteilt, die pädagogischen Lehrbücher von Ostermann und Heilermann werden abgeschafft, dafür Volkmer I und II eingeführt und die pädagogischen Schriften aus dem klerikalen Verlag Schöningh in Paderborn. Das sind sämtliche von katholischer Seite erhobene Forderungen!!

* Eine „transportable, zerlegbare Wahlzelle" ist von einem Hamburger Fabrikanten konstruiert worden. In einem Prospekt heißt es: „Die „Wahlzelle ist ein Isolierraum, wie er nicht einfacher und zweckentsprechender gedacht werden kann, nimmt nur zwei Geviertmeter Grundfläche in Anspruch, kann in jedem Wahllokal direkt am Wahlvorstandstisch leicht aufgestellt und nach Gebrauch in wenigen Minuten zerlegt werden, um bei den nächsten Wahlen dem gleichen Zwecke zu dienen." — Mehr kann man nicht verlangen.

* Deutsche Zollrepressalien gegen Kanada. Um der neugebildeten britisch-afrikanischen Zollunion von vornherein klar zu machen, daß das deutsche Reich sich nicht gutwillig zollpolitischen Willkürlichkeiten unterwirft, hat der Bundesrat nunmehr beschlossen, den kanadischen Drittelszuschlag auf deutsche Einfuhrwaren mit energischen Maßnahmen zu beantworten. Die Erhebung von Zuschlagszöllen auf die kanadischen Hauptausfuhrartikel soll in gleicher Höhe erfolgen, wie das kanadische Parlament sie auf die deutschen Ausfuhrartikel gelegt hat. Die übrigen britischen Kolonien, insbesondere die südafrikanische Zollunion, werden hoffentlich aus dieser ernsten Lehre, die Deutschland der kanadischen Kolonie erteilt hat, die richtige Mahnung zur Vorsicht entnehmen.

* Der sozialdemokratische preußische Landeskongreß beschloß, bei den Landtagswahlen in Preußen überall dort in die Wahlbewegung einzutreten, wo die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten nötig ist.

* Die Reserve- und Landwehrübungen die in einer ganzen Reihe von Armeekorps-Bezirken auf in die Zeit der Reichstagswahl fallende Termine anberaumt waren, werden verlegt werden. Die „Neue Politische Korrespondenz" teilt mit: „Wie in früheren Jahren, so ist auch diesmal den Generalkommandos der Wahltermin und nunmehr auch der für die Stichwahlen bekannt gegeben worden, damit keine Kollisionen zwischen dem Wahlakt und etwaigen Einbeorderungen stattfinden. Haben daher in einzelnen Fällen Einberufungen während dieser Zeit stattgefunden, so geschah dies, als die beregten Termine noch nicht bekannt waren, und es ist ganz selbstverständlich, daß entsprechende Abänderungen getroffen werden".

* Schlimme Nachrichten kommen über die Wurmkrankheit. Sachverständige haben mitgeteilt, daß zur Zeit „ungefähr 20,000 Ruhrbergleute von der Wurmkrankheit befallen" sind. Man erfährt weiter, daß zur sicheren Durchmusterung aller Grubenarbeiter des Ruhrgebiets ein Zeitraum von $1^1/_2$ bis 2 Jahren nötig ist, und bis zur völligen Heilung der verseuchten Gegenden ungefähr 10 Jahre verstreichen würden!

* Was Frankreich ausweist, ist für Deutschland gut genug. Die Erfahrung bestätigt sich wieder, insofern die preußische Regierung den ausgewiesenen Schwestern des heiligen Franziskus in der Nähe von Osnabrück ein neues Domizil angeboten hat.

* Nach einem Telegramm der „Vossischen Zeitung" aus Hamburg sind nach den bisherigen Ermittelungen während des letzten Unwetters 83 Schiffe untergegangen, 246 Schiffe sind beschädigt worden und 223 Personen sind ertrunken.

* Im Kriegsamte sind weiter keine Meldungen aus dem Somalilande eingetroffen.

Frankreich.

* Die ungeheure Verteurung der Lebensmittel durch den Zwischenhandel geht auch aus einer Aufstellung des Pariser statistischen Amtes hervor. Danach erhielten die Gemüsegärtner der Bretagne für das Stück Blumenkohl $8^1/_2$ Cts. Der erste Händler verkaufte ihn zu 15 bis 20 Cts., der zweite bis zu 28 Cts., der dritte zu 30 bis 70 Cts. (an den Konsumenten). Der Erlös der Gemüsegärtner bezifferte sich im Jahre 1894 auf 347 000 Frs., während die Konsumenten etwa 2 Millionen dafür zahlen mußten.

Bulgarien.

* Die Gewehr- und Munitionsdiebstähle häufen sich auffallend. Kürzlich wurden beim 8. Warnaler Infanterie-Regiment 38 Gewehre gestohlen; nun wird abermals ein Diebstahl von 70 000 Patronen (50 000 Mannlicher und 20 000 Berdan) aus dem Munitionsdepot dieses Regiments gemeldet. Ein im vorigen Jahre wieder angestellter Feldwebel verstand es, im Geheimen diese doch nicht unbedeutende Zahl von Patronen im Laufe von sechs Monaten hinausschmuggeln zu lassen.

Amerika.

* Eine Verrufserklärung deutscher und englischer Waren steht in Venezuela zu erwarten. Trotzdem braucht uns nicht bange zu sein. Denn die Erfahrung hat bewiesen, daß politische Verrufserklärungen gegen die Waren einer bestimmten Nation dem Strohfeuer gleichen, das rasch wieder erlöscht. Das wird auch von dem deutschen Geschäft in Venezuela gelten.

Aus Stadt und Land.

Lichtenstein, 28. April.

*— **Die Arbeitszeit der Kontoristen** soll gesetzlich geregelt werden. Das ist wenigstens der dringende Wunsch der Angestellten, die ihre Kollegen in den Ladengeschäften um die ihnen gesetzlich ver-